

*Gemeinsam für mehr Wissen*

---



DEUTSCHES  
KRANKENHAUS  
INSTITUT

## DKI Krankenhaus-Index

### Herbstumfrage 2023

Dr. Karl Blum

Dr. Sabine Löffert

Luisa Schumacher

**Ansprechpartner:**

Dr. Karl Blum / Dr. Sabine Löffert

Deutsches Krankenhausinstitut e. V.

Hansaallee 201

40549 Düsseldorf

Telefon: 0211 47051-17 / -56

E-Mail: karl.blum@dki.de / sabine.loeffert@dki.de

Datum: 09.11.2023

---

## Inhaltsverzeichnis

|   |           |
|---|-----------|
| <b>MANAGEMENT SUMMARY</b> .....                 | <b>4</b>  |
| <b>1 HINTERGRUND</b> .....                      | <b>5</b>  |
| <b>2 AKTUELLES</b> .....                        | <b>6</b>  |
| 2.1 ZAHLUNG DER WEIHNACHTSGELDER.....           | 6         |
| 2.2 PFLEGEENTGELTWERTE UND PFLEGE-BUDGET .....  | 8         |
| 2.3 GESUNDHEITSPOLITISCHER HANDLUNGSBEDARF..... | 10        |
| <b>3 GESCHÄFTSKLIMA</b> .....                   | <b>11</b> |
| 3.1 WIRTSCHAFTLICHE LAGE.....                   | 11        |
| 3.2 EINSCHRÄNKUNGEN DER VERSORGUNG.....         | 12        |
| 3.3 KÜNFTIGE VERSORGUNGSSITUATION .....         | 13        |
| 3.4 BEWERTUNG DER GESUNDHEITSPOLITIK .....      | 14        |
| 3.5 ZEITREIHEN .....                            | 15        |

## Management Summary

Die anstehende Zahlung der Weihnachtsgelder verschlechtert in 80 % der deutschen Krankenhäuser ihre Liquidität. 60 % der Häuser können die Zahlungen nicht mehr aus den normalen betrieblichen Einnahmen refinanzieren. Sie müssen dafür auf Zuschüsse ihrer Träger oder Bankkredite zurückgreifen. Nur dadurch ist die Auszahlung der Weihnachtsgelder in voller Höhe und zum geplanten Zeitpunkt noch nahezu flächendeckend gesichert.

Das ist das Ergebnis der Herbstumfrage 2023 für den Krankenhaus-Index des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI). Turnusmäßig erfasst der Index die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser im Zeitablauf und aktuelle Einschätzungen zur Gesundheitspolitik.

Aus Sicht fast aller befragten Krankenhäuser ist ein Inflationsausgleich durch Anhebung der Landesbasisfallwerte 2024 und der Psychiatrieentgelte die dringlichste Maßnahme, um ihre wirtschaftliche Lage nachhaltig zu verbessern. An die von der Bundesregierung zum 1. Januar 2024 geplanten Änderungen in der Finanzierung der Pflegekosten haben die Häuser hingegen keine hohen Erwartungen: Durch einen erhöhten vorläufigen Pflegeentgeltwert und eine schnellere Abfinanzierung der Pflegebudgets wird weder die Liquidität der meisten Krankenhäuser relevant verbessert noch ihre Insolvenzgefährdung nennenswert reduziert.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser ist dramatisch. 67 % der Allgemein-krankenhäuser bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Situation als schlecht (43 %) oder sehr schlecht (24 %). Nur noch wenige Häuser (7 %) beschreiben sie als gut oder sehr gut. Für die Psychiatrien fallen die Ergebnisse etwas besser aus.

Für die nahe Zukunft der Versorgung sehen die Krankenhäuser schwarz. Wenn sie ein Jahr vorausblicken, erwarten rund drei Viertel der Krankenhäuser eine schlechtere Versorgung im Vergleich zu heute. Schon aktuell planen die Häuser, ihren Leistungsumfang und ihr Leistungsangebot einzuschränken und Personal zu reduzieren.

Das Urteil der Krankenhäuser über die aktuelle Gesundheitspolitik fällt folglich äußerst kritisch aus. Derzeit sind fast ausnahmslos alle Krankenhäuser in Deutschland mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung nicht zufrieden. Noch nie wurde die Gesundheitspolitik im Krankenhaus-Index so schlecht bewertet wie in der aktuellen Herbstumfrage 2023.

Ein Vergleich der Ergebnisse der Herbstumfrage 2023 des Krankenhaus-Index mit den früheren Umfragen seit Oktober 2022 belegt: Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser hat sich auf sehr kritischem Niveau stabilisiert. Die meisten Häuser gehen davon aus, dass die Versorgungssituation in einem Jahr schlechter sein wird als heute. Mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung sind die Befragten durchweg unzufrieden.

## 1 Hintergrund

Turnusmäßig erstellt das Deutsche Krankenhausinstitut (DKI) für die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) einen Krankenhaus-Index, vergleichbar dem bekannten ifo- Geschäftsklimaindex.

Der Index erfasst über eine standardisierte Online-Befragung die wirtschaftliche Lage und die wirtschaftlichen Erwartungen der Krankenhäuser. Damit sollen die Öffentlichkeit für die Herausforderungen der Krankenhausversorgung sensibilisiert und Handlungsbedarfe für die Gesundheitspolitik aufgezeigt werden. Ergänzt wird der Index jeweils um tagespolitisch aktuelle Fragestellungen, in der vorliegenden Herbstumfrage 2023 konkret zur Zahlung der Weihnachtsgelder und zur Finanzierung der Pflegekosten im Krankenhaus.

Grundgesamtheit des Krankenhaus-Index bilden alle Allgemeinkrankenhäuser ab 50 Betten und, unabhängig von der Krankenhausgröße, alle psychiatrischen und psychosomatischen Fachkliniken (nachfolgend: Psychiatrien).<sup>1</sup> Diese Grundgesamtheit umfasst laut Statistischem Bundesamt insgesamt 1.535 Einrichtungen, davon 1.234 Allgemeinkrankenhäuser und 301 Psychiatrien.<sup>2</sup>

Für diese Grundgesamtheit sind von Oktober 2022 bis Februar 2023 bislang 5 Monatsbefragungen als Vollerhebung durchgeführt worden. Seit Mai 2023 ist der Krankenhaus-Index auf einen Quartalsturnus umgestellt worden. An der aktuellen Herbstumfrage für das 4. Quartal 2023 haben 489 Häuser teilgenommen.

Unterschiede in den Rückläufen nach der Krankenhausgröße wurden durch eine entsprechende Gewichtung ausgeglichen. Nach Maßgabe dieser Gewichtung sind die Ergebnisse repräsentativ für die Grundgesamtheit. Die Ergebnisse werden getrennt nach Allgemeinkrankenhäusern und Psychiatrien ausgewertet.

---

<sup>1</sup> Die Allgemeinkrankenhäuser unter 50 Betten wurden nicht in die Erhebung einbezogen, da es sich vielfach um Kliniken mit einem besonderen Leistungsspektrum und einer besonderen Struktur handelt (z. B. zahlreiche Privatkliniken ohne Versorgungsauftrag, kleine Fach- und Belegkliniken). Durch die Nicht-Einbeziehung dieser Häuser, auf die bundesweit lediglich ca. 1 % der Betten, der Patientinnen und Patienten und des Krankenhauspersonals entfallen, wird eine homogenere Gruppe der kleineren Krankenhäuser in der Grund- und Regelversorgung geschaffen.

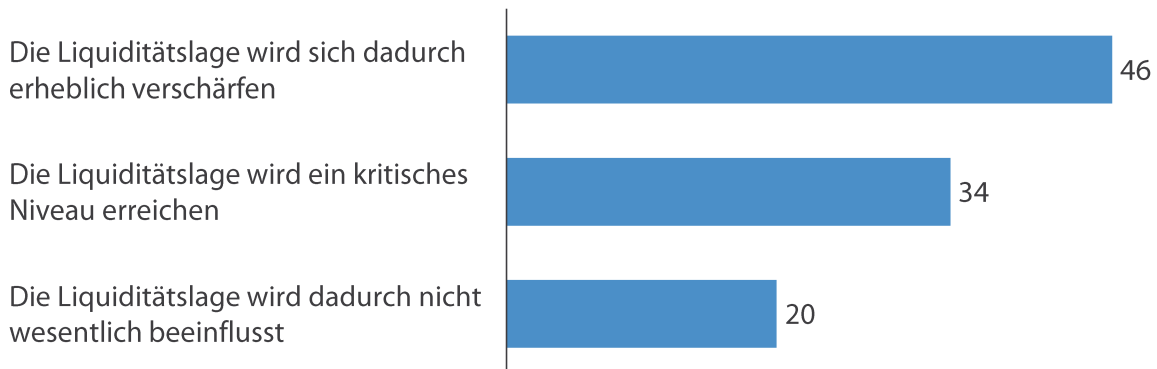
<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt (2023) Grunddaten der Krankenhäuser 2022. (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Krankenhaeuser/Publikationen/Downloads-Krankenhaeuser/statistischer-bericht-grunddaten-krankenhaeuser-2120611227005.html>) (08.11.2023)

## 2 Aktuelles

### 2.1 Zahlung der Weihnachtsgelder

Die anstehende Zahlung der Weihnachtsgelder verschlechtert die Liquidität der Krankenhäuser deutlich. In fast jedem zweiten Allgemeinkrankenhaus wird sich die Liquiditätslage dadurch erheblich verschärfen. In jedem dritten Haus wird sie ein kritisches Niveau erreichen. Lediglich in einem Fünftel der Krankenhäuser beeinflusst die Zahlung der Weihnachtsgelder die Liquiditätslage nicht wesentlich.

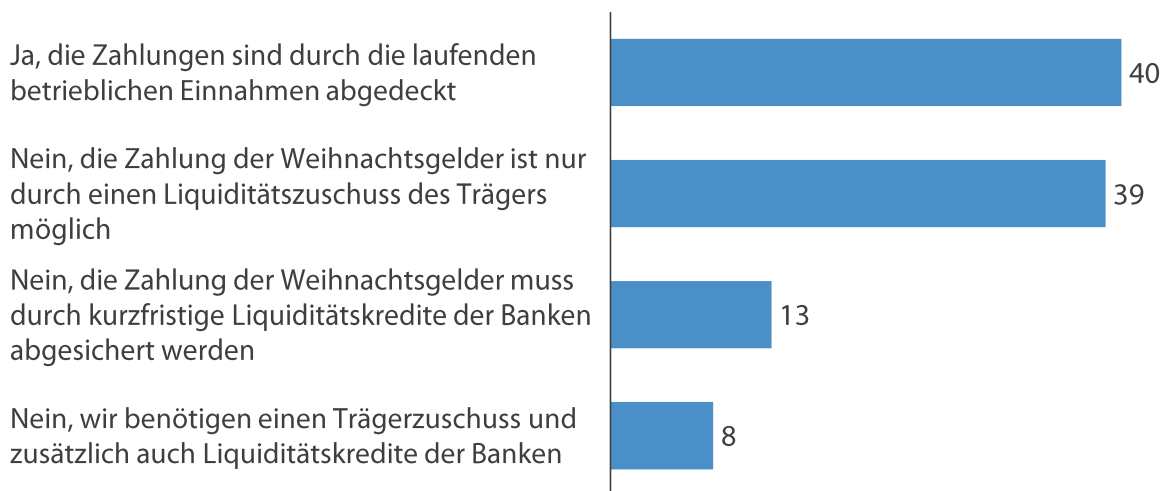
Wie bewerten Sie die aktuelle Liquiditätslage ihres Krankenhauses angesichts der anstehenden Zahlung der Weihnachtsgelder für die Beschäftigten? (Allgemeinkrankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

60 % der Allgemeinkrankenhäuser können die Zahlung der Weihnachtsgelder nicht aus den normalen betrieblichen Einnahmen refinanzieren. Die meisten davon (39 %) sind hierzu auf Liquiditätszuschüsse des Trägers angewiesen. 13 % der Befragungsteilnehmerinnen und Befragungsteilnehmer müssen die Weihnachtsgelder durch kurzfristige Liquiditätskredite der Banken absichern. 8 % benötigen sogar einen Trägerzuschuss und zusätzlich einen Liquiditätskredit. Nur noch 40 % der Allgemeinkrankenhäuser können die Zahlung der Weihnachtsgelder aus den laufenden betrieblichen Einnahmen finanzieren.

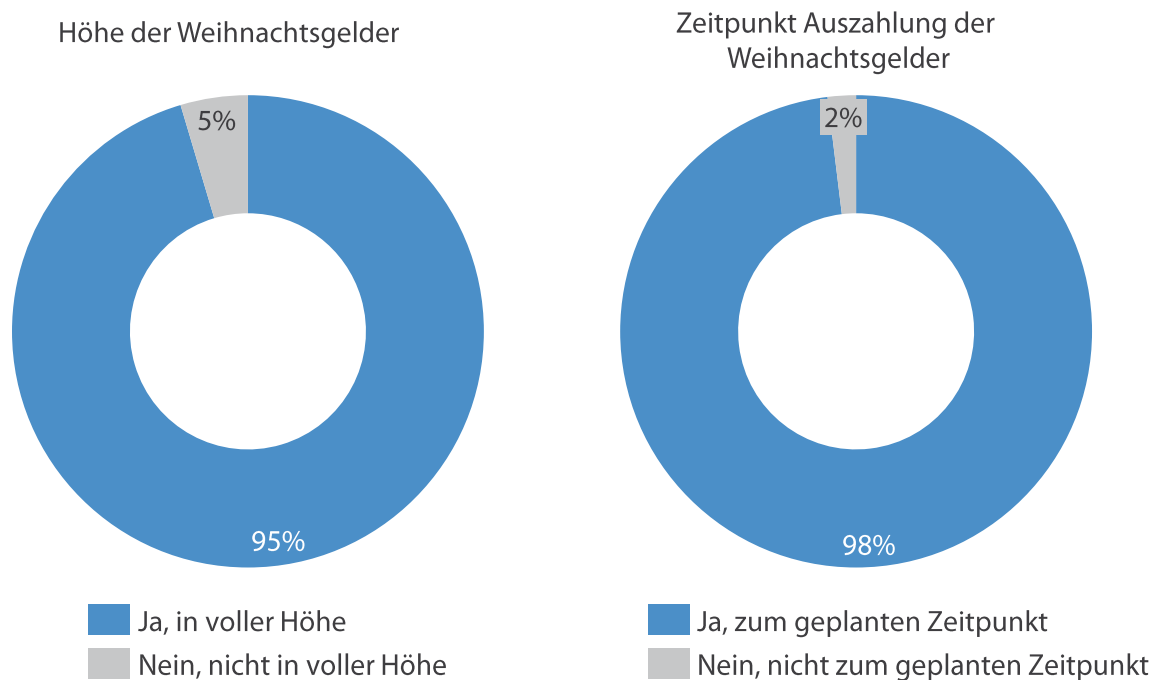
Kann Ihr Haus die Zahlung der Weihnachtsgelder aus den normalen betrieblichen Einnahmen finanzieren? (Allgemeinkrankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

Der Liquiditäts- und Finanzierungsprobleme zum Trotz können fast alle Krankenhäuser die Weihnachtsgelder in voller Höhe und zum geplanten Zeitpunkt auszahlen.

Werden Sie in der Lage sein, die tariflich vereinbarten Weihnachtsgelder in voller Höhe und zum geplanten Zeitpunkt auszuzahlen? (Allgemeinkrankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

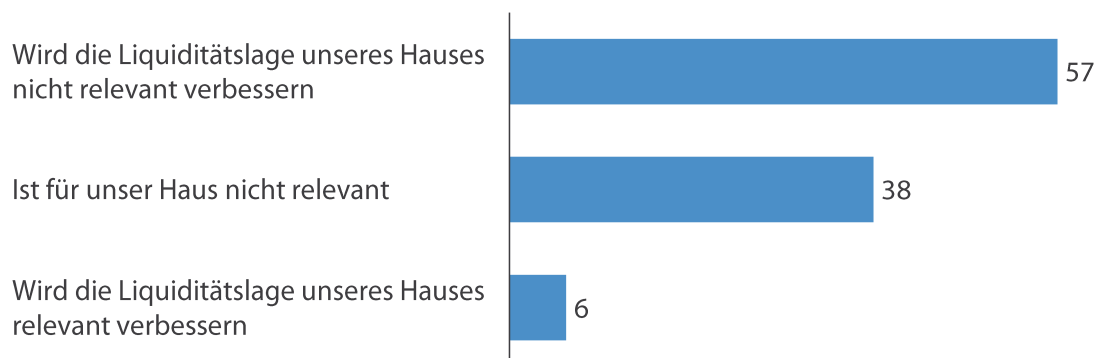
Bei den Psychiatrien fielen die Ergebnisse ähnlich aus. Bei 80 % der Befragungsteilnehmerinnen und Befragungsteilnehmer verschlechtert sich die Liquidität durch Zahlung der Weihnachtsgelder. In 46 % der Psychiatrien sind die Zahlungen nicht aus den laufenden Einnahmen abgedeckt (Ergebnisse nicht dargestellt).

## 2.2 Pflegeentgeltwert und Pflegebudget

Eine Reihe von Krankenhäusern hat für das Jahr 2020 noch kein genehmigtes Pflegebudget.<sup>3</sup> Für die Berechnung ihrer tagesbezogenen Pflegentgelte legen diese Häuser einen gesetzlich festgelegten vorläufigen Pflegeentgeltwert zugrunde (§ 15 Abs. 2a KHEntgG). Zum 1. Januar 2024 plant die Bundesregierung, den vorläufigen Entgeltwert von derzeit 230 € auf dann 250 € zu erhöhen, um damit die Liquidität der Krankenhäuser zu verbessern.<sup>4</sup>

Auf die Liquiditätslage der Krankenhäuser hätte dies allerdings keine besonderen Auswirkungen. Bei 57 % der Allgemeinkrankenhäuser wird sich die Liquiditätslage ihres Hauses nicht relevant verbessern. Für 38 % der Befragungsteilnehmerinnen und Befragungsteilnehmer ist die Erhöhung überhaupt nicht relevant. Nur 6 % der Häuser erwarten, dass sich durch den erhöhten Pflegeentgeltwert ihre Liquidität relevant verbessern wird.

Die Bundesregierung plant, zum 1. Januar den Pflegeentgeltwert von bisher 230€ auf dann 250 € zu erhöhen. Wie wirkt sich dies auf Ihr Haus aus? (Allgemeinkrankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

<sup>3</sup> Deutsches Krankenhausinstitut: Krankenhaus Barometer 2022. ([https://www.dki.de/fileadmin/forschungsberichte/Krankenhaus-Barometer\\_2022\\_final.pdf](https://www.dki.de/fileadmin/forschungsberichte/Krankenhaus-Barometer_2022_final.pdf)) (08.11.2023)

<sup>4</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz). Drucksache 20/8904 vom 18.10.2023 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/089/2008904.pdf>) (08.11.2023)

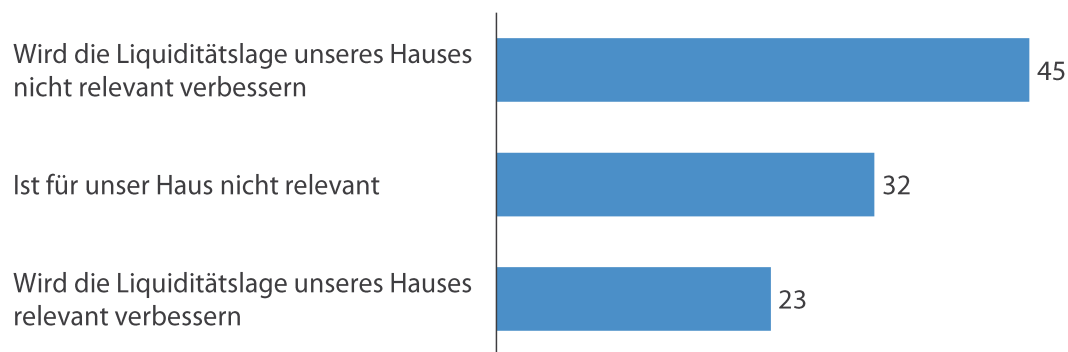


Bei den Psychiatrien gab jeweils rund die Hälfte der Befragten an, dass die Erhöhung des Pflegeentgeltwertes für sie nicht relevant sei oder ihre Liquiditätslage nicht relevant verbessern werde (Ergebnisse nicht dargestellt).

Die Bundesregierung plant zum 1. Januar 2024, dass genehmigte Pflegebudgets aus den Vorjahren schneller abfinanziert werden können. Durch die Erhebung des vorläufigen Pflegeentgeltwertes oder die Weitererhebung des bisherigen krankenhausesindividuellen Pflegeentgeltwertes bedingte Mindererlöse des Krankenhauses sollen vorläufig berechnet und diese damit deutlich früher als bislang ausgeglichen werden können.<sup>5</sup>

In 45 % der Allgemeinkrankenhäuser wird diese Option ihre Liquiditätslage nicht relevant verbessern. Für weitere 32 % der Häuser ist diese Möglichkeit nicht relevant. Lediglich 23 % der Befragten erwarten sich davon eine relevante Verbesserung ihrer Liquiditätslage.

Die Bundesregierung plant, dass ab 1. Januar genehmigte Pflegebudgets aus den Vorjahren schneller abfinanziert werden können. Wie wirkt sich dies auf Ihr Haus aus? (Allgemeinkrankenhäuser in %)

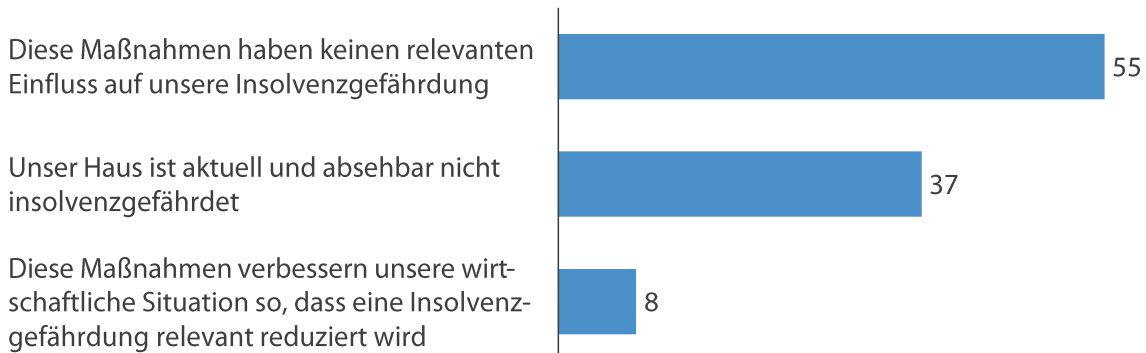


© Deutsches Krankenhausinstitut

Nur in 8 % der Krankenhäuser führen die beiden Maßnahmen, der erhöhte Pflegeentgeltwert und die schnellere Abfinanzierung der Pflegebudgets, gemeinsam betrachtet dazu, dass das Insolvenzrisiko deutlich reduziert wird. Für mehr als die Hälfte der Befragten haben diese Maßnahmen keinen relevanten Einfluss auf ihre Insolvenzgefährdung. Die übrigen Häuser sehen sich aktuell und absehbar nicht als insolvenzgefährdet.

<sup>5</sup> Vgl. im Einzelnen Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz). Drucksache 20/8904 vom 18.10.2023 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/089/2008904.pdf>) (08.11.2023)

Wie wirken sich diese beiden Maßnahmen – erhöhter Pflegeentgeltwert und schnellere Abfinanzierung genehmigter Pflegebudgets – gemeinsam betrachtet auf die Insolvenzgefährdung Ihres Hauses aus? (Allgemeinkrankenhäuser in %)



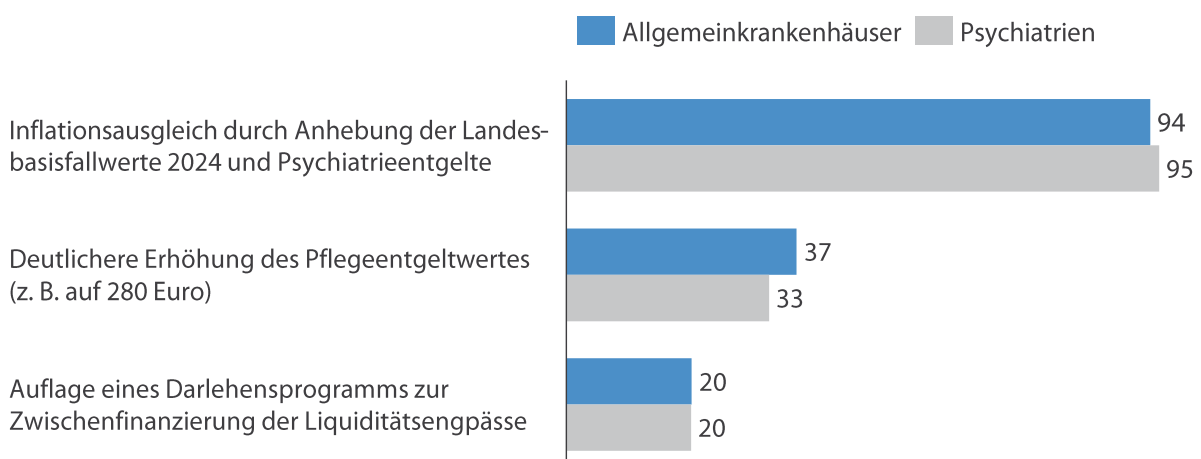
© Deutsches Krankenhausinstitut

Die Psychiatrien schätzen die Auswirkungen eines erhöhten Pflegeentgeltwertes und einer schnelleren Abfinanzierung der Pflegebudgets auf ihre Liquidität und Insolvenzgefährdung ähnlich skeptisch ein wie die Allgemeinkrankenhäuser (Ergebnisse nicht dargestellt).

### 2.3 Gesundheitspolitischer Handlungsbedarf

Abschließend zu diesem Fragenkomplex sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer angeben, welche Maßnahmen die Politik ergreifen sollte, um die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser zu verbessern. Hier priorisieren die Allgemeinkrankenhäuser und Psychiatrien eindeutig einen Inflationsausgleich durch Anhebung der Landesbasisfallwerte 2024 und der Psychiatrieentgelte. Rund 95 % der Befragten befürworten diese Maßnahme. Eine deutlichere Erhöhung des Pflegeentgeltwertes sowie ein Darlehensprogramm zur Zwischenfinanzierung von Liquiditätsengpässen betrachten die Häuser dagegen als weniger vordringlich.

Welche Maßnahmen muss die Politik aus Ihrer Sicht jetzt ergreifen, um die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser nachhaltig zu verbessern? (Allgemeinkrankenhäuser und Psychiatrien in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

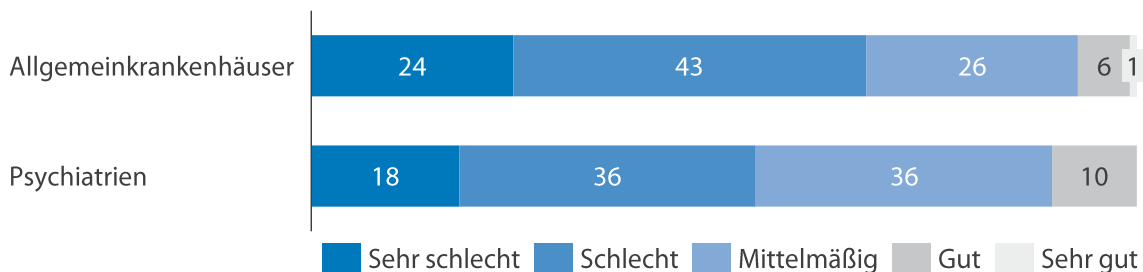
### 3 Geschäftsklima

#### 3.1 Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser ist derzeit äußerst angespannt (Stand: November 2023). 67 % der Allgemeinkrankenhäuser bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Situation als schlecht (43 %) oder sehr schlecht (24 %). Nur noch wenige Häuser (7 %) beschreiben sie als gut (6 %) oder sehr gut (1 %).

Bei insgesamt kritischer Lage fallen die Ergebnisse für die Psychiatrien etwas besser aus. Doch auch hier bewertet mehr als die Hälfte der Psychiatrien die wirtschaftliche Situation als schlecht (36 %) oder sehr schlecht (18 %).

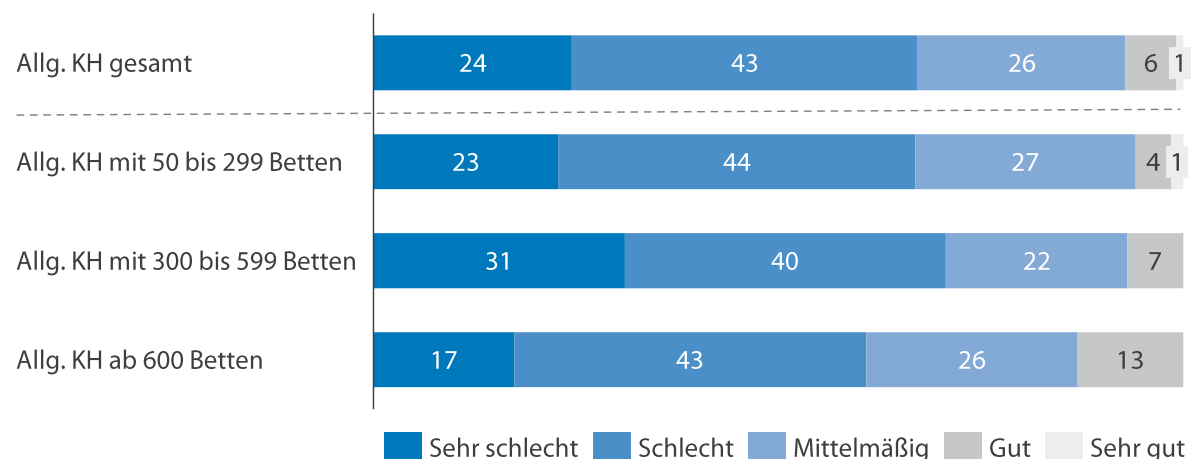
Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation Ihres Krankenhauses? - Stand November 2023 (Krankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

Nach Größe der Allgemeinkrankenhäuser betrachtet, fällt die wirtschaftliche Situation vor allem in den mittleren Krankenhäusern überproportional schlecht aus (71 %). Relativ gesehen schätzen die großen Häuser ab 600 Betten ihre wirtschaftliche Lage etwas besser ein. Aber selbst hier stufen 60 % der Krankenhäuser diese als schlecht bis sehr schlecht ein.

Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation Ihres Krankenhauses? – Stand November 2023 (Allgemeinkrankenhäuser in %)



© Deutsches Krankenhausinstitut

### 3.2 Einschränkungen der Versorgung

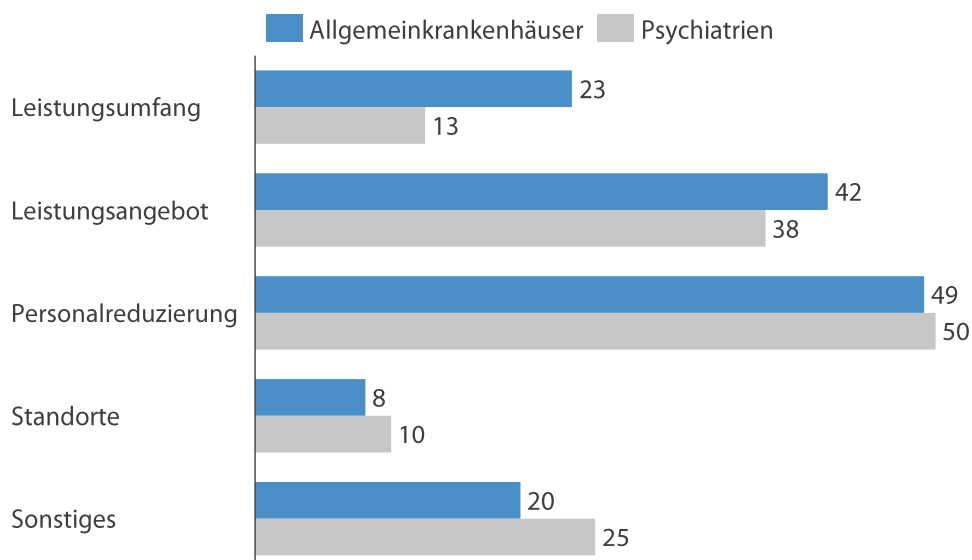
Die äußerst angespannte wirtschaftliche Situation führt zu massiven Einschränkungen in der Patientenversorgung.

Aufgrund der gegenwärtigen Situation erwarten 42 % der Allgemeinkrankenhäuser, ihr Leistungsangebot in den nächsten 6 Monaten reduzieren zu müssen, etwa indem sie Betten sperren oder Stationen vorübergehend schließen. 23 % der Häuser gehen von Einschränkungen beim Leistungsumfang, zum Beispiel durch die Verschiebung planbarer Operationen, und 49 % von Personalreduzierungen aus. Selbst Standortschließungen werden für die nächsten 6 Monate nicht mehr ausgeschlossen.

Unter der Restkategorie „Sonstiges“ führten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer insbesondere die Verschiebung von geplanten Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, die Einleitung von Sparmaßnahmen sowie die Schließung von Bereichen wegen Personalmangels an.

In den Psychiatrien fallen die erwarteten Einschränkungen in der Struktur und im Ausmaß ähnlich aus wie in den Allgemeinkrankenhäusern, mit Ausnahme der Einschränkung des Leistungsumfangs.

Sehen Sie sich gezwungen, aufgrund der gegenwärtigen Situation und/oder wirtschaftlichen Lage, innerhalb der nächsten sechs Monate in folgenden Bereichen Einschränkungen vorzunehmen?  
– Stand November 2023 (Krankenhäuser in %)

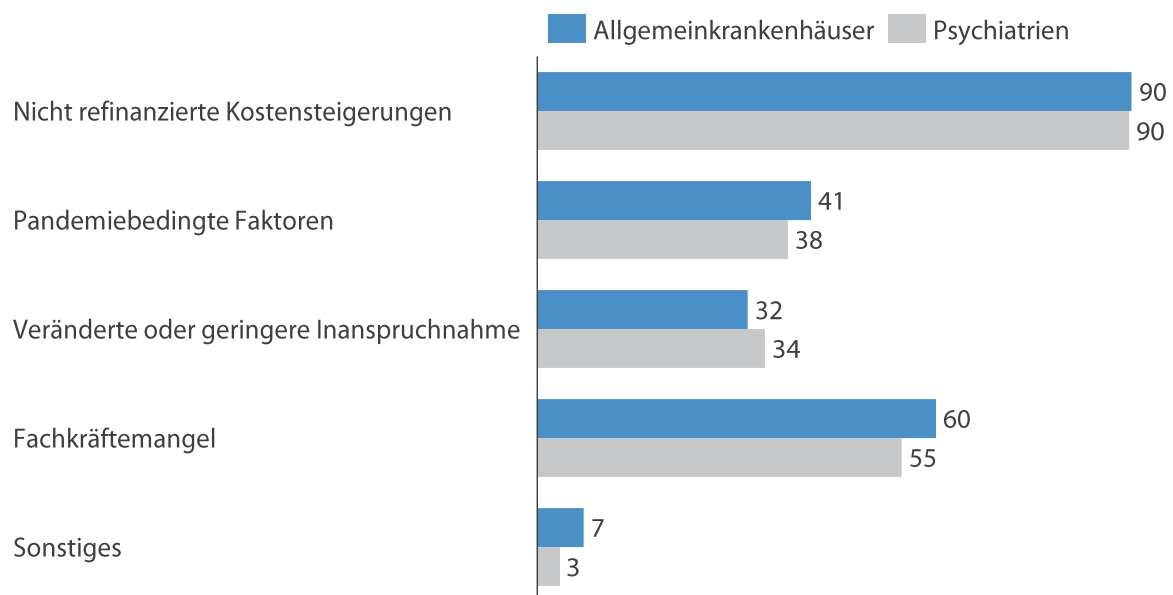


Aus Sicht der Krankenhäuser gibt es gleich mehrere Ursachen dafür, die Versorgung einzuschränken. 90 % der Allgemeinkrankenhäuser nannten hier nicht refinanzierte Kostensteigerungen und 60 % den Fachkräftemangel als Hauptursachen.

In etwa jedem dritten Allgemeinkrankenhaus verschärft sich die Situation durch eine veränderte oder geringere Inanspruchnahme zusätzlich.

In den Psychiatrien fallen die erwarteten Einschränkungen in der Struktur und im Ausmaß ähnlich aus wie in den Allgemeinkrankenhäusern.

Was ist die Hauptursache für die von Ihnen geplante Einschränkung in dem/den genannten Bereich/-en?  
- Stand November 2023 (Krankenhäuser in %)



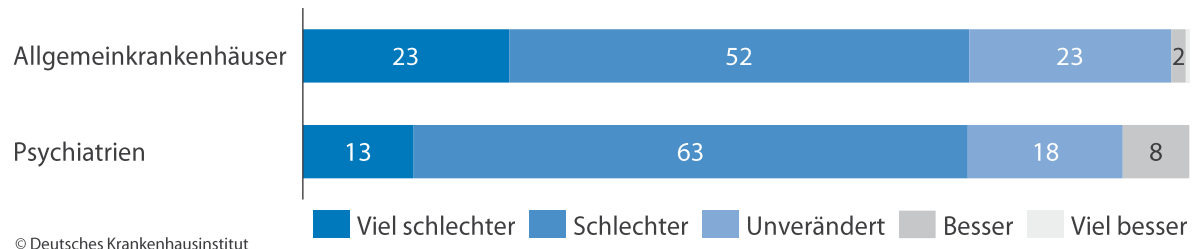
© Deutsches Krankenhausinstitut

### 3.3 Künftige Versorgungssituation

Für die nahe Zukunft der Versorgung sehen die Krankenhäuser schwarz. Wenn sie ein Jahr vorausblicken, erwarten drei Viertel der Allgemeinkrankenhäuser eine schlechtere (52 %) oder viel schlechtere Versorgung (23 %) im Vergleich zu heute. Nur noch 2 % der Häuser gehen von einer verbesserten Versorgungssituation aus. Der Rest erwartet keine Veränderungen.

Auch rund drei Viertel der Psychiatrien (76 %) gehen von einer Verschlechterung der Versorgung aus, wenn sie ein Jahr vorausblicken.

Wenn Sie ein Jahr vorausblicken: Wie schätzen Sie vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen die Versorgungssituation in Ihrem Krankenhaus im Vergleich zu heute ein?  
- Stand November 2023 (Krankenhäuser in %)

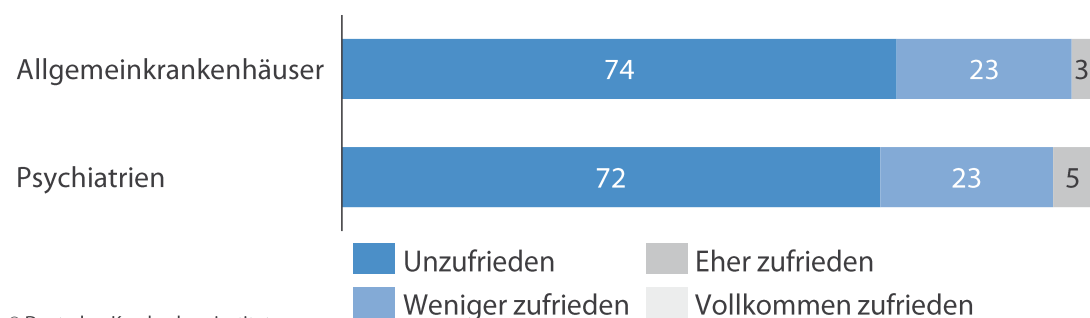


### 3.4 Bewertung der Gesundheitspolitik

Das Urteil der Krankenhäuser über die aktuelle Gesundheitspolitik fällt äußerst kritisch aus. Fast ausnahmslos alle Allgemeinkrankenhäuser sind mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung unzufrieden (74 %) oder weniger zufrieden (23 %). Nur noch 3 % der Häuser sind zufrieden. Nach Krankenhausgröße fällt die Einschätzung der großen Krankenhäuser ab 600 Betten schlechter aus als in den übrigen Häusern (Ergebnisse nicht dargestellt).

Unter den Psychiatrien sind 5 % der Befragten mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung eher zufrieden. 95 % der Psychiatrien sind unzufrieden (72 %) oder weniger zufrieden (23 %).

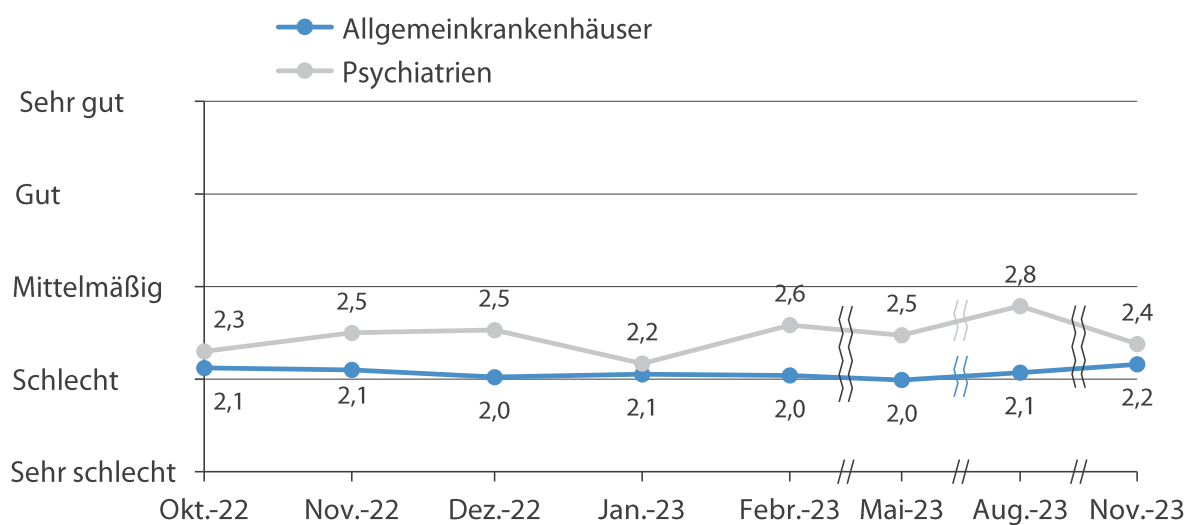
Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung?  
- Stand November 2023 (Krankenhäuser in %)



### 3.5 Zeitreihen

Ein Vergleich der Ergebnisse der bislang 8 Befragungen des Krankenhaus-Index belegt: Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser hat sich auf sehr kritischem Niveau stabilisiert. Im Mittel bewerten die Allgemeinkrankenhäuser ihre wirtschaftliche Situation als nahezu konstant schlecht. Für die Psychiatrien fallen die Ergebnisse im Zeitvergleich leicht besser aus. Im Vergleich zur Sommerumfrage hat sich das Geschäftsklima in den Psychiatrien aber merklich eingetrübt.

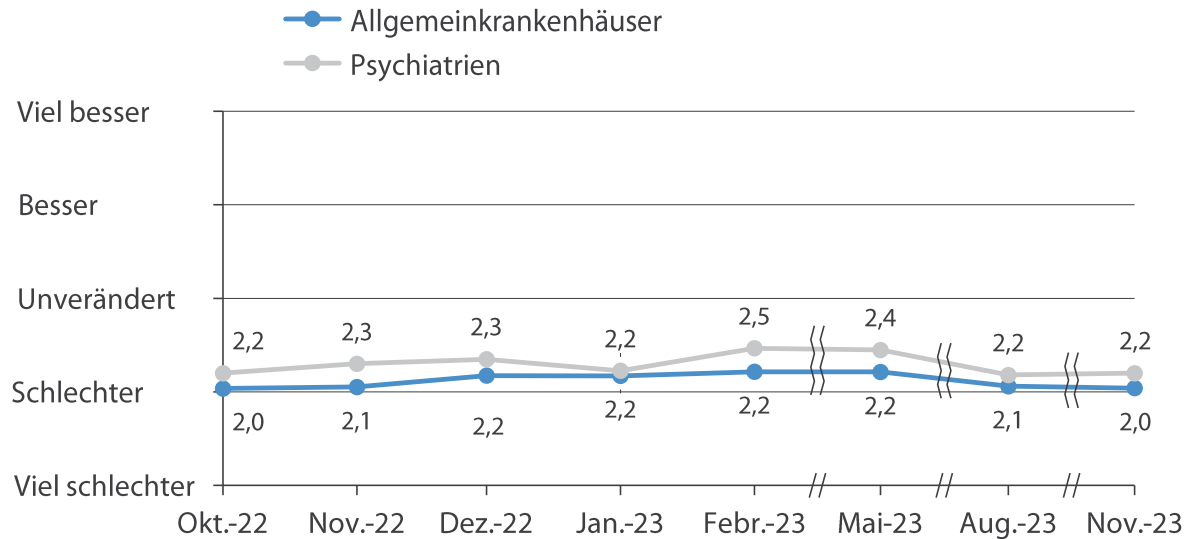
Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation Ihres Krankenhauses?  
(Mittelwerte: 1= Sehr schlecht, 5 = Sehr gut)



© Deutsches Krankenhausinstitut

Der Ausblick auf die künftige Versorgungssituation hat sich bei den Allgemeinkrankenhäusern und Psychiatrien im Zeitvergleich nur marginal verändert. Im Mittel geht man bei beiden Krankentypen davon aus, dass die Versorgungssituation in einem Jahr schlechter sein wird als heute.

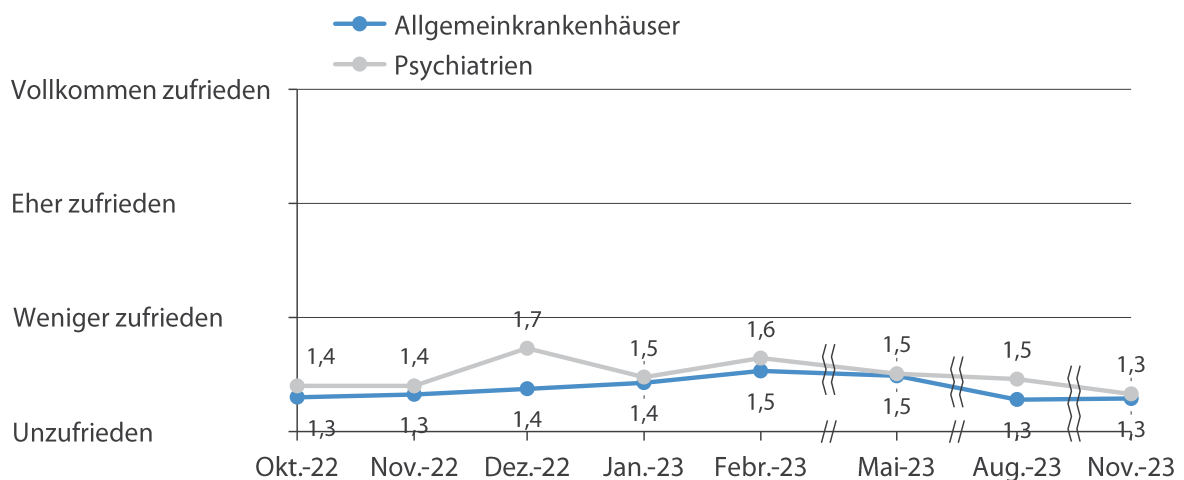
Wenn Sie ein Jahr vorausblicken: Wie schätzen Sie vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen die Versorgungssituation in Ihrem Krankenhaus im Vergleich zu heute ein? (Mittelwerte: 1= Viel schlechter, 5= Viel besser)



© Deutsches Krankenhausinstitut

Mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung sind die Allgemeinkrankenhäuser und Psychiatrien nahezu konstant unzufrieden. In der Gesamtschau wurde die Gesundheitspolitik im Krankenhaus-Index noch nie so schlecht bewertet wie in der aktuellen Herbstumfrage 2023.

Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der gesundheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung? (Mittelwerte: 1 = Unzufrieden, 4 =Vollkommen zufrieden)



© Deutsches Krankenhausinstitut